

Zur Sitzung des Integrationsrats am 14.4.2010

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung

Anfrage

zum Verfahren der Einweisung von Migrantenkindern in Förderschulen

Der Integrationsrat setzt sich für Maßnahmen zur Prävention gegen die Einweisung von Migranten in die Förderschule ein. Er begrüßt die Bemühungen der Stadt um Prävention durch Kompetenzzentren in Mülheim und Porz. Dazu sollte auch die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Trägern der Jugendhilfe gehören. Das Projekt „Fluchtpunkt Förderschule“ des ‚Jugendhilfe und Schule e.V.‘ hat wertvolle Hinweise zu den Potentialen der Prävention in Migrantenfamilien und Anregungen für eine erweiterte Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe gegeben.

Vor diesem Hintergrund wird angefragt:

1. Ist sicher gestellt, dass Anwältinnen und Anwälte, die mit unabhängigen Trägern der Prävention zusammenarbeiten, Akteneinsicht im Auftrag der Eltern erhalten, indem sie Schulakten erhalten, um hiervon Kopien zu ziehen?
2. Die Bezirksregierung hat 2006/7 nach eigenem Bekunden eine halbe Stelle zur Unterstützung des im Integrationsrat vorgestellten Präventionsprojekts „Fluchtpunkt Förderschule“ zur Verfügung gestellt. Trifft es zu, dass diese dem Träger bisher nicht durch einen Weiterleitungsvertrag zur Verfügung gestellt wurde bzw. wann wird dies geschehen?

Gez.

Antonella Giurano